

Der Gesellschafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

mit der Heimatbeilage
„Unsere Heimat“

mit illustrierter Sonntagsbeilage
„Feierstunden“

Verleger: Druck und Verlag von W. B. Müller (Hans Böhm) Nagold.

Bezeichnet es jedem Wert-
tag, Verkäuflichen neben
ständliche Wohnstätten
und Baubauern entgegen.

Heftpreis
im März 4 1.00
einzel. Kopierlohn,
einzel. Nr. 10 Selbstge-
druckter f. Anzeigen:
die einseitige Seite auf
gewöhnlicher Schrift über
sechs Zeilen 10 Kops-
viertel, Resten 10
Kops, Familien-
ausgaben 10 Kops. Bei
geringer Verbreitung und
Kleinformat ist der Rabatt
höher.

Bezeichnete Stellung im
Oberamt Nagold. — Wer
jetzt sich dabei von
dem Bericht.

Das Amt, welches unter
dem Namen Nagold
besteht, ist ein
Landesamt, das
besteht aus
einzelnen
Landesämtern,
die unter
dem Namen
Nagold
bestehen.

Telegraphische Adresse:
Gesellschaft Nagold.
Nagold.
Stuttgart 6113.

Nr. 78

Gegründet 1826.

Dienstag den 1. April 1924

Preis pro Nr. 20.

98. Jahrgang

Tagespiegel

Dem Reichskabinett ist ein Gesetzentwurf zugegangen, durch den der im Gesetz zum Schutz der Republik vom 21. Juli 1922 eingeführte Staatsgerichtshof aufgehoben werden soll. Damit rücken an die Stelle dieses Sondergerichts wieder die ordentlichen Gerichte zu treten. In den im Gesetz zum Schutz der Republik vorgesehenen Strafbestimmungen wird hierdurch nichts geändert.

Die Berliner Presse befindet, daß die Ausbildung des französischen Kabinetts durch Poincaré nicht befehdigt habe.

Die französische Regierung beschloß, alle Posten der Unterstaatssekretäre als überflüssig abzuschaffen. — Verdient Nachahmung.

Die Volksstimme über die Einföhrung der Republik in Großbritannien soll am 13. April stattfinden.

Um die „Reparations-Provinz“

Bei einem Frage- und Antwortspiel, wie es im englischen Unterhaus zwischen Asquith und Mac Donald hin und her ging, kommt es darauf an, wieweit etwa bestellte Arbeit vorliegt, und die Rollen vorher verteilt waren. Das ist von außen her natürlich nicht leicht festzustellen. Das Kabinett Mac Donald steht als Kinderbeistand im Hintergrund des Parlamentarismus auf keinem allzu festen Boden. Er kann schon sein, daß die Liberalen, im Gegensatz zu seiner Politik, die in gewisser Weise doch nur die Richtung der Konservativen verfolgt, dem Kabinett aus eigenen Mäßen auf den Leib gerückt sind. Mac Donald hat gewiß andere, und im europäischen Sinn vernünftiger Ziele, als sie sein Vorgänger verfolgte. Aber auch er nimmt freilich Rücksicht auf die Scheu der Engländer vor einem offenen Bruch mit Frankreich. Deshalb steht er den Tatsachen so wenig ins Gesicht wie es Baldwin tut. Als Privatmann wird ja auch wohl Ramsay Mac Donald nicht so blind sein, daß er nicht sehe, wie beharrlich Frankreich bemüht ist, die Arbeit der Sachverständigen genau so zu durchkreuzen, wie es die Konferenz von Genoa, die Pariser Konferenz und überhaupt die ernstliche Möglichkeit der Verständigung durchkreuzt hat. Als Kabinettminister und Leiter des künftigen Amtes aber steht Mac Donald, genau so wie Baldwin vor ihm, nur ein Franzose, das voll guten Willens ist, und das nur durch einen beklagenswerten Mißverständnis verhindert wird, gemeinsam mit England zu gehen.

Bleibt aber ersehen es Ramsay Mac Donald im Augenblick, wo Poincaré sein Kabinett neu bildet, doch geraten, den Franzosen zu verstehen zu geben: ganz so ohnungslos wie sie sich heute, bei der englischen Regierung nicht. Jedenfalls wurde durch die Anfrage von Asquith der englischen Regierung die unzureichende Tatsache vorgelegt, daß die Franzosen ernstlich bemüht sind, durch Druck auf die rheinischen Industriellen die Wirtschaft des besetzten Gebiets derart fest in ihre Hand zu bekommen, daß sie auf die Arbeit der Sachverständigen pfeifen können. Durch die vorsichtig gehaltenen und stark verschleierte Antwort, die Mac Donald gab, wurde schließlich doch mit aller Würdevolligkeit die Tatsache bestätigt, daß die Tatsache richtig ist. Die Franzosen verfolgen gewissermaßen den alten Plan, das besetzte Gebiet zu einer „Entschädigungsprovinz“ zusammenzufassen und vom Wirtschaftsstörper der Deutschen Reichs loszureißen, und durch rücksichtslose Ausbeutung des alles auf Umwegen eroberten deutschen Lands einerseits sich bezahlt zu machen, andererseits das übrige Deutschland zu ruinieren.

Mac Donald deutet vorsichtig an, England werde derselben nicht zustimmen. England werde auch keine Durchkreuzung der deutschen Steuerrechnungen durch die Rheinlandkommission mitmachen. Aus dem, was er weiter über die Bemühungen der Franzosen sagte, das besetzte Gebiet so oder so vom Reich loszureißen, ging hervor, daß England sich sowohl in der Sonntagsfrage wie in der Pfalzfrage dem französischen Militarismus gegenüber sich ziemlich hilflos sieht. Deutlich wurde Mac Donald nur in der Frage der Sicherheit. Er meinte, die Franzosen hätten ganz recht, wenn sie einen Schutzvertrag mit England nur Wert beilegen, sofern er von einem Militärvertrag begleitet ist. Da aber ein solcher Vertrag nicht zu haben ist, so wolle man an eine andere Lösung der Sicherheit denken.

Überdies, meinte Mac Donald — und darin hat er schon recht —, habe es wenig Zweck, sich über die Frage der Sicherheit den Kopf zu zerbrechen, solange die Entschädigungsfrage nicht gelöst ist. Das heißt, an die Adresse der Franzosen gerichtet: auf dem Weg, wie ihr die Entschädigungsfrage lösen wollt, durch Wegnahme einer „Entschädigungsprovinz“, bekommt ihr keine Sicherheit. Diese Aufpassung kann überein mit der, die Mac Donald im letzten Heft der „Foreign Affairs“ ausprobiert: „Es kann keine Sicherheit für Frankreich geben, die nicht zugleich Sicherheit für alle wäre.“

Daher vertritt Mac Donald weiter die Auffassung, die beste Lösung wäre die, die im Weg freier Vereinbarung mit Deutschland gefunden würde. Ein Abkommen, das als Ergebnis von Verhandlungen zustande käme, woran Deutschland ein gleichberechtigtes Recht teilgenommen hätte, würde

auch die Frage der Sicherheit (speziell nachher machen. Ganz recht, aber hat nicht loben Herr Müller, Präsident der französischen Republik, freilich verstanden, Frankreich werde im Ruhrgebiet bleiben, bis Deutschland seine letzten Verpflichtungen erfüllt habe? Abgesehen davon, daß es letzte Verpflichtungen auch dem Berliner Diktat nicht gibt, daß vielmehr immer noch allerley und allerley nachkommen; so kann Deutschland ein Abkommen, das den Einbruch ins Ruhrgebiet gutheißt, weder im Weg der Verhandlungen, noch als Diktat annehmen. Aber auch England hält die Ruhrbesetzung, wie Mac Donald erst kürzlich im Unterhaus festgestellt hat, für einen Vertragsbruch. Somit bedeutet Millierands Versicherung: „Wir sind im Ruhrgebiet, wir bleiben da.“ die schönste moralische Vorlesung, die die englische Politik seit langer Zeit von Paris her bezogen hat. Und man muß schon sagen: auf diese gemilde Herausforderung hat Mac Donald eine Antwort gegeben, die durch ihre Zahlerei Frankreich höchstens zu weiteren Schritten ermutigen kann.

Wenn es der Berliner Presse Spaß macht, kann sie nun ja wieder feststellen: die Deutschen versuchen die „Verständigen“ miteinander zu verheizen und spekulieren auf den „Bruch“ der Entente. Aber wir haben, unfähig wie wir selbst zur Ratwehr sind, gar keinen Anlaß, das Verstandspiel der englischen Politik nachzumachen und die Dinge anders zu sehen als sie sind. Den Tatsachen ins Auge zu sehen, und uns nicht selbst zu betören, ist unser lehrer Schutz. Und Tatsache ist: Das französische Staatsobehaupt selbst rückt die Schaffung einer „Entschädigungsprovinz“ in den Mittelpunkt der französischen Politik, damit sie für jedes Kabinett, einerlei ob Poincaré an seiner Spitze steht oder nicht — verbindlich sein müsse. Die englische Regierung nimmt die Tatsache auf ihre Beirer vorläufig zur Kenntnis und — wartet den Bericht der Sachverständigen ab. Uns bleibt leider nichts übrig, als geduldig mit zu warten, auf die Gefahr hin, daß wir — in den April gedrückt werden.

Die Parteien im Wahlkampf

Die Königsberger „hartungische Zeitung“ zählt folgende 25 Parteien auf, die bei den Reichstagswahlen mit eigenen Kandidatenlisten hervortreten: 1. Deutschvölkische Freiheitspartei, 2. Deutschnationale Volkspartei, 3. Deutsche Volkspartei, 4. Zentrum, 5. Christlichsozialer Volkspartei, 6. Christliche Volksgemeinschaft, 7. Bayerische Volkspartei, 8. Bayerischer Bauernbund, 9. Demokraten, 10. Republikanische Partei, 11. Deutsche Arbeitspartei, 12. Sozialdemokraten, 13. Unabhängiger Sozialdemokraten, 14. Sozialistischer Bund (Redebund), 15. Protestantische Partei, 16. Kommunisten, 17. Deutsche nationalsozialistische Partei, 18. Hanoverscher, 19. Wirtschaftspartei, 20. Bodenreformer, 21. Haus- und Grundbesitzer, 22. Nationale Freiheitspartei (Siedlerpartei), 23. Deutschnationale Partei, 24. Deutsche Partei (Baden), 25. Deutsche Partei (Baden). Dazu kommt noch als Gegenpartei gegen die in Dresden neugegründete katholische Christlichsozialer Volksgemeinschaft, 26. Die Young, Partei in Sachsen, ferner etwa 27. die Nationalliberale Vereinigung, die sich von der Deutschen Volkspartei abgetrennt hat. In Baden hat auch der Landbund eigene Kandidaten aufgestellt. Und loben kommt noch die Nachricht, daß in der Provinz unter den Wenden, die im allgemeinen deutschfreundlich sind, eine deutschfeindliche Gruppe eine eigene Liste aufstellen würde, die sich „Kaufiger Volkspartei“ nennt.

Die Luxuseinfuhr

Halbamtlich wird uns mitgeteilt: Ein Havasstelegramm Außenhandelsminister für Januar enthaltenen Wengereisen an eingeführten Südrüchten und gibt als Wert der Januareinfuhr für frische und getrocknete Südrüchte 675 Millionen Franken an. Nach den deutschen Feststellungen beträgt der jetzige Wert aller im Januar eingeführten Südrüchte und Luxusobstsorten — nicht nur der Südrüchte — höchstens 11 Millionen Mark, also nach dem Frankfurter zur Zeit der Havasmeldung etwa 50 Millionen Franken. Die Zunahme der Luxuseinfuhr, die sich Deutschland an sich gewöhnt nicht leisten kann, wird von allen einseitigen Beurteilern der deutschen Wirtschaft mit steigender Sorge verfolgt. Die Gründe für diese Luxuseinfuhr liegen aber nicht bei Deutschland. Durch die Aufzwingung der einseitigen Meißbegünstigung im Vertrag von Versailles ist Deutschland die Beweglichkeit in seiner Außenhandelspolitik genommen. Deutschland, das auf die Ausfuhr seiner Industrieprodukte unter allen Umständen angewiesen ist, ist gezwungen, den Bezug solcher Waren zu moderieren, die für Deutschland an sich nicht unbedingt notwendig wären, wie Wein, Südrüchte usw., und diese Zugeständnisse gelten nach den Bestimmungen des Vertrags von Versailles von selbst auch für die verbündeten Mächte. Gerade Frankreich hat von diesen einseitigen Vorzügen immer Gebrauch gemacht. Außerdem legt der Vertrag von Versailles Deutschland ausdrücklich die Verpflichtung auf, bestimmte Waren von einheimischen Waren, wie z. B. Wein aus Frankreich, zu beziehen. Es wäre daher richtiger, wenn die Agentur Havas die Bestimmungen des Vertrags von Versailles angegriffen und nicht Deutschland.

Der Zeigner-Prozess

Das Urteil gegen den ehemaligen Justizminister und Ministerpräsidenten des Reichs, Ulrich Zeigner, ist im Reichsgericht in Berlin gefällt. Das Urteil ist ein milde ausgesprochen. Zeigner war von seiner Anhängerschaft hoch angesehen. Zeigner war in Aussicht genommen, für die Nachfolge Friedrich Eberts in Aussicht genommen. Für die Nachfolge Friedrich Eberts wird die demokratische Anhängerschaft des Reichspräsidenten, wenn das Urteil rechtskräftig wird, im nicht gut als Kandidaten aufstellen können; aber es gibt ja auch sonst noch allerhand würdevolle Ehrenstellen, die sie in ihrem Vorkriegswort erhalten kann. Nun, das sind ja keine Sorgen, die Gegenwart hat sich um anderes zu kümmern.

In der Urteilsbegründung führt der Vorsitzende aus, das Gericht hat Erwägungen angestellt und lange geschweigt, ob es dem Angeklagten Zeigner mildernde Umstände zubilligen sollte. In erster Stelle ist der von der Staatsanwaltschaft geltend gemachte Umstand, daß Zeigner nicht irgend ein beliebiger Beamter, sondern der höchste Beamte des Landes war, der über die Arbeit der Regierung zu wachen hatte, der aber durch seine Verfehlung dem Ansehen des ganzen Landes und nicht zuletzt dem Ansehen der Justiz, die er leiten sollte, die schwersten Schäden zugefügt hat. Nachdem diese Umstände bekannt geworden waren, konnte sich ein Angehöriger des höchsten Landes oder ein hiesiger Jurist kaum anders verhalten, als ohne die abfällige Kritik hören zu lassen über die Zustände im hiesigen Justizministerium. Diese Kritik war bezeichnend für das ganze Land Sachsen und jeden hiesigen Juristen, wie für eine peinliche und lächerliche Rechtspflege. Da: Ein pflichtgetreuer und tüchtiger Beamtenstand ist eine unerlässliche Voraussetzung eines geordneten Staatswesens, da ihre Haltung und Unbeflecktheit die Grundlage für das Vertrauen der Volksgenossen bildet. Derselbe Grundgedanke, der im alten Beamtenstand als selbstverständliche Pflicht galt, für die Reinheit des gesamten Staatswesens, sind seit jeher auch in dem neuen Staat in der Strafgesetzbuch wieder an die Spitze gestellt. Wegen diese Grundgedanke hat Zeigner in den letzten Jahren in großem Maße als Justizminister und erster Beamter des Staats und des Rechts, wenn das Gericht trotzdem dazu gekommen ist, ihm mildernde Umstände zubilligen hat es sich von folgenden Erwägungen leiten lassen. Der Angeklagte ist das Opfer eines Systems geworden. Das Gericht geht nicht auf politische Verhältnisse ein. Jetzt oder nie es geschehen, weil es zu Gunsten des Angeklagten spricht. Der Angeklagte ist Justizminister geworden, nicht weil er die geeignete Persönlichkeit seit gewesen wäre, sondern nur wegen seiner Parteizugehörigkeit, obwohl er, wie schon, auch in seiner Partei hätte erkennen sein müssen, für diesen hohen Posten durchaus ungeeignet war. Wenn die Partei, der der Angeklagte angehörte, zu Ehren des Systems keinen Minister wählen wollte aus der anderen Hälfte des Parlaments, die eben groß war, so stand es ihr doch offen, einen unparteilichen Beamten, und deren gab es eine große Zahl, der durch Alter, Leistung und Bewährung für den Posten geeignet war, zu ernennen. Das Gericht hat seiner zu keinen Gunsten berücksichtigt, daß Zeigner im gewissen Sinn ein Opfer der Angeklagten Müllers geworden ist. Zeigner ist unter das Joch von Müllers gekommen, den ein Verdrüssiger richter, als Expreller gekennzeichnet hat. Alles das hat das Gericht dazu gebracht, trotz seiner erheblichen Verfehlungen an der Rechtspflege Zeigner mildernde Umstände zubilligen. Die bürgerlichen Ehrenrechte hat man Zeigner aberkannt, weil auch ein sonst schwacher Mensch sozial erkennen mußte, daß seine Handlungen nicht ehrenhaft waren.

Müllers hat eine ganz gemeine, handlungsweise betätigt, und die kühnen Welterwartungen für Dr. Zeigner liegen hier nicht vor. Andererseits ist er der einfache, ungebildete, törichte, wenn auch schlaue Mann. Er hat sich in günstiger wirtschaftlicher Lage befunden. Die Kräfte auf Hofentlassung hat das Gericht abgelehnt.

Die Regierungserklärung Poincarés

Paris, 31. März. In der Kammer verlas heute vormittag Ministerpräsident Poincaré die Erklärung der neuen Regierung: Die Regierung sei aus Politikern verschiedener Richtungen zusammengesetzt, die zum Teil bei früheren Gelegenheiten gegen die Regierung gestimmt haben. Keiner braucht seine Ansichten zu verbergen. Aber jetzt, wo es sich hauptsächlich um Fragen der auswärtigen Politik handelt, sei die Regierung einig, daß minder wichtige Fragen solchen, von denen das Schicksal Frankreichs abhänge, untergeordnet seien. Die Regierung sei entschlossen, ohne Schwanken die auswärtige Politik fortzusetzen, die von der früheren Regierung betrieben und von den beiden Kammern gebilligt wurde.

Die Regierung bitte die Kammer inständig, keine Ausreden zu beschließen, die nicht durch ordentliche Entscheidungen gedeckt werden. In den letzten Jahren habe das französische Parlament eine trügerische Stärkung der Finanzen vorgenommen und eine Gefahr beschworen, die zum großen Teil kläglich

April,
1127
f-
zier
I statt.
at Krümmel,
haltung mit
rüge.
nicht einge-
Nagold.
März 1924.
Anzeige.
die traurige
later, Schrot-
und Ousef
renger
ausf. entlich-
1120
den die trau-
renger,
ngen a. d. Ort,
ndert,
er
tag 2 Uhr.
ten:
15 St. 1.-
St. 5 Pfg.
Rosinen,
konserven,
kartikel 1117
Preisen.
br. Benz
steig
des R. Lattschach
intel
1124
Nagold
ben.
ten u. Zahnhör
ensimmer „Fix“
tenhefte
tenpapier
emallich
hdig. Zaiser.

ich gemacht und durch ausdauernde Anstrengungen heraufgehoben worden sei. Das glückliche Ergebnis werde sich in einer Senkung der Preise ausdrücken. Es werde aber nur von Dauer sein, wenn die beiden Kammern fortführen, mit unerbittlicher Entschlossenheit Einnahmen und Ausgaben des Staats im Gleichgewicht zu erhalten. Man sei gezwungen, bis zu dem Augenblick, wo man regelmäßige Zahlungen von Deutschland erhalte, Maßnahmen der Vorsicht mit der Verpflichtung zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete zu verbinden. Im jeden Preis müsse verhindert werden, daß der Feind der Inflation in die französischen Finanzen komme. Die Zeit sei vorüber, wo jedes Volk seinen Staatshaushalt nach seinen eigenen Wünschen einrichten konnte. Heute sei jede Nation der Reue über die anderen Völker angefüllt. Wenn Frankreich auf der einen Seite Schuldner habe, so habe es andererseits auch Gläubiger, und die zur Regelung dieses Verhältnisses müsse man Zurückhaltung üben. Mit den äußersten Parteien auf beiden Seiten könne die Regierung nicht zusammengehen. Die Diktatur des Proletariats sowie die eines einzelnen Mannes lehne die Regierung ab. Die Nation allein habe zu sagen, was sie will. Die Regierung werde in ihren Gedanken Frankreich nicht von Europa und Europa nicht von der gesamten Menschheit trennen.

Frankreich sei das erste Volk gewesen, das den Entwurf des Völkerbundes erfaßt habe, und es habe während vier Jahren im Völkerbund eine „vermittelnde“ Rolle gespielt. Wenn es Pfänder gegen einen säumigen Schuldner ergreifen habe und Schwärzungen blatt halte gegenüber einem Volk, das entgegen seiner Verpflichtung keine militärischen Beiträge vermehre, so dürfe man daraus nicht lägerische Folgerungen gegen Frankreich ziehen. Es sei und bleibe die große Diktoria der Gerechtigkeit und eine der besten Hütern des europäischen Friedens.

Die Regierung habe den lebhaftesten Wunsch, sich so schnell wie möglich mit allen Verbänden über die zwei Fragen zu einigen, von denen Frankreichs Zukunft abhängt: Entschädigungen und Sicherheiten. Die Truppen hätten aus dem Ruhrgebiet nur noch Maßgabe der deutschen Zahlungen zurückgezogen werden. Man könne nicht sichere Pfänder gegen unsichere Versprechungen eintauschen. Die Regierung habe die feste Hoffnung, daß nach dem von den Sachverständigen ausgehenden Bericht eine allgemeine Regelung und eine rasche Durchführung möglich sein werde. Man möge Frankreich den Frieden geben, der ihm versprochen und der unterzeichnet wurde; die Franzosen werden dann die ersten sein, die mit Begeisterung (!) dem neuen Ideal entgegenzuschreiten, das die Welt mit feberhafter Spannung erwartet. Wenn es wider vorkommen sollte, daß irgend eine Macht, verführt von Militarismus und befeuert von dem Geist der Rencance, den europäischen Frieden zu stören versuche, oder die Provinzen die sie früher unterjocht hat, sich ganz oder teilweise wieder anzueignen, so würde dies die Empörung der sämtlichen anderen Völker erwecken und man würde ihr den Weg zu diesem Unternehmen verschperren.

Die Abstimmung über diese Erklärung wurde auf morgen nachmittag vertagt.

Neue Nachrichten

Das Ruhrabkommen

Berlin, 31. März. Die Vertreter der Ruhrindustrie sind nach den Besprechungen mit der Reichsregierung ins Ruhrgebiet zurückgekehrt mit der Ermächtigung, die Verhandlungen über die Fortsetzung des Industrieabkommens, die General Degoutie am 3. April in Düsseldorf anderaumt hat zu führen. Bestimmte Weisungen soll die Reichsregierung nicht erteilt haben.

Die Kosten der Militär-Überwachung

Berlin, 31. März. Für den Monat Dezember 1923 betragen die tatsächlichen Ausgaben für die Überwachungskommission 335 000 Goldmark, die persönlichen 880 000 Goldmark (besondere Dienstwagen 280 000, Erstattung der Heilmittelgebühren 600 000), zusammen 1 215 000 Goldmark. Die Kommission besteht aus etwa 200 Offizieren nebst Unterpersonal. Dagegen betragen die monatlichen Ausgaben für die Gehälter und Verpflegung aller 4000 Offiziere der deutschen Reichswehr zusammen 688 500 Goldmark.

Larifverhandlungen mit den Post- und Telegraphenarbeitern

Berlin, 31. März. Die seit einiger Zeit zwischen dem Reichspostministerium und den Organisationen der Post- und Telegraphenarbeiter gepflogenen Larifverhandlungen konnten nicht zum endgültigen Abschluß gebracht werden, weil die Reichsregierung aus währungsrechtlicher und allgemein wirtschaftlichen Gründen der in Aussicht genommenen Lohnregelung ihre Zustimmung nicht erteilen konnte. Das Reichspostministerium ist mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Larifverbänden beauftragt worden.

Streikdrohung der Berliner Eisenbahner

Berlin, 31. März. Die Berliner Eisenbahner fordern in vier Besammlungen die sofortige Wiedereinführung des Achtstundentags und allgemeine Lohnerböhung um 15 Prozent bis 15. April unter Streikandrohung.

Berlin, 31. März. Die streikenden Eisenbahner haben verlangt, daß ihnen ein Lohnvorschuß als Abschlagszahlung auf die geforderte Lohnerböhung gewährt werde. Das Reichsoverlehnministerium hat das Ansuchen abgelehnt. Die Verhandlungen über die Lohnregelung haben heute begonnen.

Verhaftung ausländischer Kommunisten. — Anlow in Berlin

Berlin, 31. März. In den letzten zwei Tagen sind verschiedene ausländische Kommunisten, darunter drei aus Rußland, verhaftet worden. Die neue Kufforderungen um Anlow

Verjämte Abonnements auf den „Gesellschafter“
können immer noch bei der Geschäftsstelle nachgeholt werden.

raffrell in Mitteldeutschland wird auf ausländische Aufregung zurückgeführt, die einen neuen kommunistischen Putsch in Deutschland bedeutet. — Der „Tag“ hält keine Meldung von der Anwesenheit des russischen Staatspräsidenten Krawin in Berlin aufrecht. Auch der Berliner Polizei ist der Aufenthalt Krawins und Kabeles in Berlin bekannt.

Wahltag der D. Volkspartei an den Margismus

Berlin, 31. März. Der Bahnanruf der Deutschen Volkspartei erklärt: Die Sozialdemokratie habe in der Reichsregierung versagt. Ein Teil der sozialistischen Wirtschaftsgedanken sei bereits ausgegeben, es gelte nun den Rest zu befechten. Kraft seiner Leistungen für deutsche Kultur und Wirtschaft erhebe das deutsche Bürgertum den Anspruch auf die Leitung des Staats, und sie werde ihn durchzusetzen wissen. Die soziale Politik solle im Geist wahrer Arbeits- und Volksgemeinschaft fortgesetzt werden. Die Deutsche Volkspartei sei gegen die Erfüllungspolitik, sei aber zu schwerer Opfern bereit. — Stresemann hat dagegen kürzlich die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie bestritten.

Betriebsratswahlen im rhein-westf. Industriegebiet

Berlin, 31. März. Die Betriebsratswahlen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hatten folgenden Ergebnis: 1220 Kommunisten, 1110 Christl. Verband, 690 Sozialdemokrat. Gewerkschafter, 23 Deutschnationale. Die Sozialdemokraten haben drei Fünftel ihrer Sitze verloren. Die Deutschnationalen traten zum erstenmal bei den Wahlen auf.

12 Jahre Zuchthaus statt Todesstrafe

Hamburg, 30. März. Im Wiederaufnahmeverfahren wurde der Kommunist Willendorf, der nach dem Hamburger Mord am 9. November v. J. vom außerordentlichen Gericht zum Tod verurteilt worden war, vom Landgericht wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Willendorf hatte u. a. einen Polizeiwachmann erschossen.

Ohne Bedrängung Preußens vom Rhein keine Sicherheit

Brüssel, 31. März. Der Oberkommandierende des französischen Heeres im Krieg, General Mangin, erklärte einem Vertreter der „Nation Belge“, daß nicht Preußen vom Rhein verdrängt und das ganze preussische Gebiet rechts und links des Rheins, dazu die Pfalz, Rheinbessen und Rastau eine selbständige Republik gemorden sei, gebe es für Frankreich keine Sicherheit und für Europa keinen Frieden. Es sei gar kein Zweifel, daß die Rheinländer, die ihr katholisches Glauben von Preußen trennen, unabhängig sein wollen. Wenn man nur mit der Vernunft rechnen könnte, könnte man sagen, daß Deutschland vor Jahren nicht zu fürchten sei. Aber die Vernunft und die Deutschen seien zwei verschiedene Dinge. Für den Deutschen sei man niemals sicher. Man müsse sich deshalb für alle Möglichkeiten bereit halten. Eines Tags werde sicher der Punkt und ihre alte Wildheit wieder auf das Gebiet ihrer alten Heldentaten führen. — Ueber germanischen „Austritt“ und französische „Vernunft“ läßt sich wohl mit General Mangin nicht streiten.

Vorgehen des Volkshofgerichts gegen Deutschland?

Paris, 31. März. Der Volkshoferrat hat dem „Matin“ zufolge weitere Schritte gegen Deutschland erwogen, weil es die letzte Note (über die Militärüberwachung?) nicht beantwortet habe.

Lobesentwurf im englischen Unterhaus

London, 31. März. Viscount Welner hat im Unterhaus einen Entschuldigungsantrag eingebracht, die täglich drohenden Streiks seien den übertriebenen Versprechungen in bezug auf Löhne und Arbeitszeit zuzuschreiben, die den Arbeitern von den jetzigen Regierungsmitgliedern gemacht worden seien, als sie noch der Opposition angehörten. Das Unterhaus verurteilt die Unfähigkeit der sozialistischen Regierung, die sich weigere, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um gestandene Verpflichtungen wieder durchzuführen.

Der sozialistische Militärerrat

Moskau, 31. März. Der Rat der Volkskommissare bestätigte die Zusammenlegung des revolutionären Militärerrates der Sowjetunion wie folgt: Vorsitz: Trotski, Stellvertreter: Frunse, Mitglieder: Bubnow, Unschicht, Morochilow, Gogorowitsch, Kamenow, Bubennaj, Kowalew, Droschowskij, Gijza, Mosalow, Chibrowski und Karawow.

Württemberg

Stuttgart, 31. März. Wahlleiter der Kartowche Staatspräsident Dr. Hieber hat die Parteivorsitzenden auf Mittwoch zu einer Besprechung eingeladen, daß in der Zeit vom 13. bis 20. April keine Wahlobernehmungen abgehalten werden sollen.

Jubiläum. Der sechste Kriegsmilitärminister v. Schürten feiert am 1. April das 60jährige Jubiläum des Eintritts in den Heeresdienst beim damaligen 4. Inf.-Regt. in Ludwigsburg. Der Jubilar steht im 81. Lebensjahr.

Schne Aufhebung des Arbeits- und Ernährungsministeriums. Das Staatsministerium hat beschlossen, das Arbeits- und Ernährungsministerium weiter bestehen zu lassen. Verschiedene angeschlossene Ämter sollen aufgehoben oder verkleinert werden. — Das Landesbrennstoffamt wird auf 31. März aufgehoben.

Die Presseabteilung des Staatsministeriums wird als selbständige Abteilung aufgehoben. Eine Nachrichtenstelle wird bestehen bleiben, deren Dienst von einem einzigen, vertretungsfähig anstellbaren Berichterstatter versehen wird. — Tats nun. Der bisherige Vorstand der Presseabteilung, der voraussichtlich die neue Stelle auch weiter sein wird, hat sein Amt lieber mit großer Umsticht und großem Fleiß geleitet. Die persönlichen Eigenschaften des Vorstandes machten den Vertretern der Presse in ihren mannigfachen Beziehungen zur Presseabteilung den Verkehr zum Begegnen.

Der Landtag nimmt am Mittwoch nachmittag 4 Uhr seine Verhandlungen wieder auf. Auf der Tagesordnung steht nach 11 Minuten und 6 Großen, zwei Gesetzentwürfen und einigen anderen Gegenständen am Schluß die Große Anfrage Bazille (Bürgerp.) über die Zusammenlegung von Oberämtern. Sehr viel Zeit wird dafür dann wohl nicht mehr übrig bleiben. Die von der Aufhebung betroffenen Bezirke hätten denn doch von den maßgebenden Stellen eine rücksichtsvollere Behandlung der Sache erwarten dürfen.

Professorenversammlung. Am Dienstag soll in Stuttgart eine große Professorensammlung von Vertretern derjenigen Bezirke abgehalten werden, deren eigene Verwaltung der sogenannten Staatsvereinfachung geopfert werden soll.

Frontkämpferabend. Im Festsaal der Linderhalle fand am Sonntag ein Abend der württ. Frontkämpfer statt, den fast besucht war.

Verbolener Festkollektivdienst. Der anfänglich des Deutschen Tags am 26. April in Stuttgart geplante Gottesdienst der vaterländischen Verbände im Schloßhof in Stuttgart und der Württ. im Waldriedhof wurden auf Grund der Beerdigung des Reichspräsidenten vom 28. Februar verboten. Die Totenfeier selbst wird nicht beanstandet. Oberst wurde ein von der Bürgerpartei beabsichtigter Festzug zum Bismarckturm gelegentlich der Bismarckfeier in der Linderhalle am 1. April unterlag.

Verkauf von Milchergewinnen. Vom 1. April an unterliegt nur noch der Verkauf von Käse, mit Ausnahme von Schweizer (Emmentaler) Käse, der Genehmigungspflicht nach anzuwärt. Frei bleibt die Beförderung durch die Post, mittels Käse oder als Gepäck in Mengen bis zu 5 Pfund.

Milchpreisverhöhung. Da der Erzeugerpreis für Frischmilch um 2 3 für das Liter erhöht werden mußte, steigert sich der Kleinverkaufspreis für Vollmilch vom 1. April ab auf 26 4. Der Preis für Magermilch mit 14 4 bleibt unverändert. Beide Preise sind Höchstpreise und dürfen nicht überschritten werden.

Aus dem Lande

Waihingen a. J., 31. März. Versammlung. Eine sozialdemokratische Wahlversammlung, in der Abg. Müller sprach, wurde von den Kommunisten gesprengt.

Waihingen. Wahlfrage. Eine Vertrauensmänner-Zusammenkunft der Demokratischen Partei aus den Oberamtsbezirken Ehlingen, Schorndorf, Waihingen, Marbach, Backnang und Gaildorf beschloß, für die Landtagswahl Oberbürgermeister Dr. Wälberger in allen diesen Bezirken als Spitzenkandidaten aufzustellen.

Kalen, 31. März. Leichenfund. Am Sonntag wurde in einem Brunnenhocht in den Bohlärten die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Das Kind dürfte 4-5 Wochen in dem Brunnenhocht gelegen sein.

Heil, 31. März. Verkauf der Saline. Der Gemeinderat beschloß, sobald in Verhandlungen mit dem württ. Finanzministerium zwecks Erwerbung des gesamten Salinensystems eingeleitet. Es soll industriellen Zwecken dienlich gemacht werden.

Ellwangen, 31. März. Zentrumskandidaten. Die Bezirksversammlung der Zentrumspartei hat für die Reichstagswahl den bisherigen Abgeordneten Land Reichmann-Ruttal und für die Landtagswahl Studienrat Hermann Ellwangen in Vorschlag gebracht. Dem bisherigen Abgeordneten und Präsidenten des Landtags, Landgerichtsdirektor B. A. L. ter, der aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat nicht anzunehmen wünscht, wurde der Dank der Bezirksversammlung ausgesprochen.

Niederteufingen O. A. Rüringen, 31. März. Entlassung. In der Dunkelheit geriet ein hier im Dienst stehender älterer Mann in den Rühlkanal und ertrank.

Sulz a. N., 31. März. Die Stadtschultheißenwahl findet am Samstag, den 5. April statt.

Heil, 31. März. Mauereinsturz. Samstag nachmittag ist beim Kloster bei etwa 6 Meter hohe Mauer unter weit höherem Gebälge eingestürzt.

Kottswil, 31. März. Vom Seminar. Gestern kam die Nachricht hierher, daß der vom Spardirektor genehmigte Kurs nach Kottswil gelegt werde. Damit ist die Erhaltung des Seminars Kottswil sichergestellt.

Oberdorf O. A. Oberach, 31. März. Ein Pferd beiß die Gehirne des Landwirts Kottswil war im Stall mit dem Führer ihres Herdes beschäftigt. Ganz unerwartet biß der sonst artige Tier die Frau derart in den Unterarm, daß dieser gänzlich entsetzt wurde.

Wurzach, 31. März. Brandstiftung. Wegen Verdachts, den Brand in dem B. Jollisferischen Anwesen in Gruet bösmittlerweise verursacht zu haben, wurde die 39 Jahre alte, in Hünfeld (Ode. Altmannshofen) verheiratete Schwester des Besitzers in Haft genommen.

Aus Baden.

Karlsruhe, 30. März. Das bad. Ministerium des Innern hat die landespolizeiliche Aufenthaltsgenehmigung und persönliche Reisebesicht für Ausländer aufgehoben. Es genügt nun der Einreisegenehmigung des Reichs.

Hausheim, 30. März. Die Rangierer im Güterbahnhof und im Rangierbahnhof und die Belegschaft des Betriebswerks im Rangierbahnhof haben am Freitag die Arbeit niedergelegt. Der Eisenbahnerverband hat mit der Gewerkschaft der deutschen Eisenbahner die Leitung des Streiks übernommen. Beteiligt sind etwa 1000 Mann. Es handelt sich um Lohnerböhungsforderungen.

Die evangelische Geistlichkeit der Stadt Ludwigsbad hat gegen einen Antrag auf die Direktion der Badischen Kalk- und Sodofabrik gerichtet, in verständlichem Sinne mit den Streikenden zu verhandeln.

Schwarzenau, 30. März. Die Eisenbahnschleife bei Epcer ist dem Verkehr wieder übergeben worden.

